

Politiker in Wien: Überraschende Gehaltserhöhung trotz Nulllohnrunde!

Nationalrat beschließt Nulllohnrunde für Bund, während Wien Politikerbezüge um 4,6 % erhöht. Gehaltserhöhungen und Inflation 2025 im Fokus.

Wien, Österreich - In einer bemerkenswerten Entscheidung hat der Nationalrat eine Nulllohnrunde für die Politiker auf Bundesebene beschlossen, wodurch sich die Gehälter des Bundeskanzlers, der Minister, der Abgeordneten und der Mitglieder des Bundesrats im Jahr 2025 nicht erhöhen werden. Sogar der Bundespräsident bleibt von Gehaltserhöhungen ausgeschlossen, was, wie **Heute.at** berichtet, erhöhte Unzufriedenheit unter den top Politiker mit sich bringt. Im Gegensatz dazu hebt Wien die Bezüge seiner Politiker um satte 4,6 Prozent an. Das bedeutet, dass auch die Mitglieder der Landesregierung und die Gemeinderäte sich auf mehr Geld freuen können, was eine gesetzliche Vorgabe des Rechnungshofs ist.

Die geplante Erhöhung könnte nicht mehr rückgängig gemacht werden, da sie formal in die Bücher eingetragen werden muss, was in diesem Jahr nicht mehr möglich ist. Obgleich die Neos gegen diese Entscheidung waren, konnten sie ihren Standpunkt nicht durchsetzen. Zusätzlich wird die Stadt Wien die Gehälter der Gemeindebediensteten ab Januar 2025 um 3,5 Prozent anheben – dies ist das Ergebnis von Verhandlungen mit der Gewerkschaft „younion“.

Steigende Gehälter in ganz Österreich

Parallel zu diesen Entwicklungen profitieren bereits seit November Hunderttausende Arbeitnehmer in Österreich von Gehaltserhöhungen von bis zu 4,8 Prozent. Ab 2025 werden in verschiedenen Branchen, wie dem Metallgewerbe, dem öffentlichen Dienst, der Sozialwirtschaft sowie in der IT-Branche, weitere Erhöhungen folgen. Im Metallgewerbe etwa steigt das Gehalt um 4,3 Prozent, während es im öffentlichen Dienst um 3,5 Prozent angehoben wird, wie **Finanz.at** berichtet. Ein praktisches Online-Tool ermöglicht es Arbeitnehmern, ihre neuen Gehälter in Brutto und Netto zu kalkulieren, dabei werden auch Anpassungen der Steuertabelle ab 2025 berücksichtigt, die die „kalte Progression“ teilweise abschaffen sollen.

Diese Entwicklungen führen zu einem spürbaren Anstieg des verfügbaren Einkommens der Beschäftigten und markiert eine signifikante Wendung in den Lohnverhandlungen, die nicht nur politische Dimensionen, sondern auch wirtschaftliche Auswirkungen mit sich bringen.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.heute.at • www.finanz.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at